

Volkszeitung

Nr. 151. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens. In den Sonntagen wird die reichhaltig illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post 3 L 5.—, wöchentlich 3 L 1.25; Ausland: monatlich 3 L 8.—, jährlich 3 L 96.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 35 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Betritauer 109
Telephon 36-90. Postcheckkonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30 bis 3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengepaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigeipaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengefuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnachrichten und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.—. Falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Abrüstungsfragen.

Viscount Cecil über die Abrüstung.

Berlin, 4. Juni. Im Rahmen der Veranstaltungen des Komitees für internationale Aussprache hielt heute abend im Reichstag Viscount Cecil of Chelwood, früher Lord Robert Cecil, einen Vortrag über Abrüstungsfragen. Begrüßt durch den Vorsitzenden, der auf die Bedeutung Cecils als eines guten Europäers, auf seine Verdienste um die Entwicklung des Völkerbundes, um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und um die Befreiung der Geister in einer politischen Vernebelung hinwies, entwickelte Lord Cecil den Abrüstungsgedanken von seinen Anfängen, von den Verpflichtungen des Versailler Vertrages, des Clemenceau-Briefes und des Artikels 8 der Völkerbundsstatuten her. Er legte die wirtschaftlichen Gründe dar, die zu einer Abrüstung zwingen, verworf den Gedanken, daß der Schutz des Friedens eines Wertsteins über überhaupt einer Entwicklung moderner Armeen bedürfe und schilderte eindringlich die Vorteile einer allgemeinen vertraglichen Abrüstung. Die bisherigen Leistungen, denen er eine ausführliche Darstellung widmete, bezeichnete er zwar als nicht belanglos, aber unzureichend und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß nicht nur der Kellogg-Pakt durch seine einstimmige Annahme durch die Völker und die jüngste englische Wahl für die allgemeine Abrüstung einen starken Auftrieb geben werden. Amerika, Japan und Großbritannien würden einen Druck auf die Weltmächte ausüben, um in der Flottenabrüstungsfrage

die eingetretene Stodung zu beseitigen und auf der ganzen Linie haben — so meinte der Redner — die Befürworter eines dauernden Friedens Grund, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken.

Der gehaltvolle Vortrag wurde von einem dichtbesetzten Haus mit größter Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommen. Unter den zahlreichen Gästen bemerkte man die Minister Dr. Wirth und von Guericke, den Reichstagspräsidenten Loebe, den preußischen Unterrichtsminister Dr. Bäcker u. v. a.

New York, 4. Juni. Der amerikanische Botschafter in London, General Dawes, soll den Auftrag erhalten haben, der britischen Regierung mitzuteilen, daß Amerika sein Kreuzerbauprogramm mit größter Beschleunigung durchführen werde, falls England sein Flottenprogramm nicht vermindert, in Anbetracht einer neu einzuberufenden Flottenkonferenz, was eine Modifizierung des amerikanischen Programms bedeuten würde. Man rechnet aber in Washington am amtlichen Kreisen mit einer Ablehnung dieses Vorschlages in London, so daß Amerika dann freie Hand zur Durchführung seines Flottenbauprogramms haben würde. Anderen Meldungen zufolge, sollen eingeweihte Kreise die Einberufung einer Seekonferenz nicht erwarten, da Präsident Hoover angeblich nicht daran denke, das amerikanische Kreuzerbauprogramm zu ändern.

Blutiger Zwischenfall an der polnisch-litauischen Grenze.

Warschau, 4. Juni. Wie die amtliche Agentur „Pat“ zu berichten weiß, soll es bei Pijnsl, an der polnisch-litauischen Grenze, zu einem Feuergefecht zwischen der polnischen Grenztruppe und sieben bewaffneten Litauern gekommen sein, wobei zwei Litauer gefangen genommen wurden, während die übrigen vermundet in die Wälder entkamen. Die Untersuchung soll angeblich ergeben haben, daß die Litauer mit falschen Pässen ausgerüstet und mit Revolvern sowie Handgranaten nach Polen herübergekommen seien. Sie haben den Auftrag gehabt, zwei litauische Emigrantenführer im Wilnagebiet zu ermorden, sowie Ueberfälle auf polnische Staatsinstitutionen zu führen.

Die Sparjamkeitsparole.

Der von der Regierung neuerdings ausgegebenen Sparjamkeitsparole Rechnung tragend, hat das Verkehrsministerium beschlossen, auf einen namhaften Teil der Investitionsausgaben zu verzichten und hat in Verfolg dessen von der Liste der Investitionsausgaben etwa 76 Millionen gestrichen. Die gestrichenen Beträge waren ausnahmslos für den Bau von Eisenbahngebäuden und Bahnhöfen in Polen bestimmt, die infolgedessen nicht in Angriff genommen werden können.

Marshall Daszynski wieder in Warschau.

Warschau, 4. Juni. Sejmarschall Daszynski, der mehrere Wochen im Auslande weilte, ist gestern nach Warschau zurückgekehrt.

Nach dem Rücktritt der Regierung Baldwin.

London, 4. Juni. Nach der Uebergabe des Rücktrittsgesuchs der Regierung durch Baldwin im Schloß Windsor ist Ramsey MacDonald für Mittwoch nachmittags nach dem Schloß Windsor berufen worden. Die Ärzte hielten es nicht für ratsam, nach der Anstrengung durch den Besuch Baldwins die Aussprache zwischen dem König und Ramsey MacDonald noch heute folgen zu lassen. Ramsey MacDonald wird dem König am Mittwoch seine Pläne für die Besetzung der wichtigsten Ministerien vorlegen.

Die Furcht vor Lloyd George.

In den Warschauer Regierungskreisen hat man nach wie vor die eine Hauptfurcht, daß nämlich Lloyd George aus der Londoner Regierungsbildung ausgeschaltet bleibe. Kein extremer englischer Konservativer und kein radikaler Arbeiterparteierteil kann die Erreichung dieses Zieles sehnlicher wünschen als die polnischen Diplomaten. Von Lloyd George erwartet man auf Grund seiner früheren Haltung in allen internationalen Streitfragen immer eine entschieden antipolnische Stellungnahme. Mit einer Arbeiterregierung würde man sich abfinden, wenn man auch mit einigem Mißtrauen auf ihre Wünsche in bezug auf die Abrüstungsfrage blickt. Immerhin hofft man an die Gedanken des Genfer Protokolls, das den Abrüstungsgedanken mit der Schiedsgerichtsbarkeit und dem „Sicherheits“-Gedanken verbindet, polnischerseits anknüpfen zu können.

Vor Eröffnung der Ratstagung in Madrid.

Madrid, 4. Juni. Madrid steht bei glühender Hitze völlig unter dem Zeichen der bevorstehenden Tagung des Völkerbundesrates. Die deutsche, italienische und japanische Abordnung treffen am Dienstag abend ein. Der deutsche Botschafter, Graf Welzede, reist der deutschen Abordnung bis Toledo entgegen. Vom Sekretariat des Völkerbundes ist der italienische Generalsekretär Marchese Paolucci eingetroffen. Am 10. Juni wird General Primo de Rivera im Außenministerium einen Empfang für sämtliche Abordnungen geben, an dem mehrere hundert Personen teilnehmen sollen. Ferner ist ein Empfang beim König sowie ein Empfang der ausländischen Presse bei Primo de Rivera angesetzt.

Die Oppelner Ausschreitungen.

Gefängnisstrafe für die Angeklagten.

Oppeln, 4. Juni. Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Janissek wurde heute der erste Prozeß gegen 10 Angeklagte, darunter 2 Jungstahlhelmer und 8 Nationalsozialisten, verhandelt, die sich an dem Ueberfall auf Mitglieder des Rattowitzer Stadttheaters beteiligt haben. Die Anklage lautete auf gemeinsamen Hausfriedensbruch und groben Unzucht in Lateinheit mit tätlicher Beleidigung. Es handelte sich um den Vorfall im Oppelner Stadttheater, wobei junge Leute während der Vorstellung Stinkbomben warfen und beleidigende Zurufe gegen das Theaterpersonal machten. Die Beweisaufnahme ergab lediglich die Schuld der Angeklagten bezüglich Hausfriedensbruch. Das Gericht nahm Hausfriedensbruch an, weil die Angeklagten geschlossen auftraten und einen Sprecher hatten, der die Interessen der Angeklagten vertrat. Die Stahlhelmer gaben zu, daß sie das Theater unter Vorweisung von Eintrittskarten betreten haben, bestritten aber von irgendeiner Seite beauftragt worden zu sein, sondern wollten lediglich aus persönlichem Interesse der Vorstellung beigewohnt haben. Der Staatsanwalt rechnete den Angeklagten, die im Alter von 19 bis 20 Jahren stehen, lediglich ihren „jugendlichen Leichtsin“ zugute und nahm an, daß sie nur aus ihrem irreführenden Nationalgefühl gehandelt hätten. Die Veranstaltung im Theater sei aber legitim gewesen und den Behörden seien durch den Ueberfall schwere Un-

annehmlichkeiten bereitet worden. Der Staatsanwalt sagte: „Wir sind verpflichtet, der polnischen Minderheit in Deutschland Schutz zu gewähren. Wir haben nur dann Grund zu Beschwerden, wenn die deutsche Minderheit in Polen geschädigt werde. Deshalb müsse die Strafe empfindlich sein.“

Sämtliche Angeklagten wurden wegen gemeinsamen Hausfriedensbruches zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Der angeklagte Nationalsozialist, der sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht hat, erhielt eine Zusatzstrafe von einer Woche Gefängnis.

Warschau, 4. Juni. Am 11. v. M. wurde im Völkerbundssekretariat eine Beschwerde des Verbandes der in Deutschland lebenden Polen wegen der bekannten Oppelner Vorfälle niedergelegt. Diese Beschwerde kann jedoch auf der Tagung des Völkerbundesrates in Madrid nicht zur Erörterung kommen, da nach den allgemein geltenden Bestimmungen nur diejenigen Beschwerden und Anträge geprüft werden, deren Eingangstermin mindestens zwei Monate zurückliegt. Die polnische Regierung beabsichtigt nicht, irgendwelche Schritte zur Beschleunigung der Prüfung dieser Beschwerde zu unternehmen. Infolgedessen dürfte diese Angelegenheit erst im September auf die Tagesordnung der Ratstagung in Genf gelangen.

Bogomolow protestiert.

Warschau, 4. Juni. Im Laufe der vergangenen Woche fanden in Warschau zwei bemerkenswerte Feiern statt: die Feier der grusinischen Kolonie anlässlich der zehnten Wiederkehr des Jahrestages der Unabhängigkeitserklärung Grusiens und eine Gedächtnisfeier der ukrainischen Kolonie am Todestage des ukrainischen Atamans Petljura. An beiden Veranstaltungen nahmen Vertreter der polnischen Regierung offiziell teil, was dem sowjetrussischen Gesandten in Warschau, Bogomolow, Veranlassung gab, Vorstellungen gegen eine offizielle Teilnahme von Regierungsvertretern an derartigen Feiern zu erheben. Gesandter Bogomolow hat dem stellvertretenden

Außenminister Dr. Wyszocki ein dahingehendes Protestschreiben überreicht, das dieser aber unter dem Hinweis darauf, daß es sich bei den Feiern lediglich um innerpolitische Angelegenheiten handele, nicht zur Kenntnis nahm. Dr. Wyszocki verwahrte sich hierauf seinerseits gegen den Einspruch Bogomolows.

Die Erfolge Habibullahs.

London, 4. Juni. Wie Reuter aus Afghanistan meldet, sollen die Truppen Habibullahs, ohne irgend auf harten Widerstand zu stoßen, das Hauptquartier Amanullahs, die Stadt Kandahar, eingenommen haben.













